



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration
am 04. Februar 2014
Rathaus, Raum 318 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

Vorsitz :

Michaela Apel

Anwesende Ausschussmitglieder:
Ferner anwesend:
Tagesordnung:
Veröffentlichung:

siehe Anlage 1
siehe Anlage 2
siehe Anlage 3
siehe Anlage 4

Beginn (öffentlicher Teil): 17:05 Uhr

Ende: 19:35 Uhr

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenbände zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen

Drucksachenlisten (DL Nrn. 01/14, 04/14, 05/14)

(Drucksachenband 181)

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigefügt.

Die Sitzung ist gemäß § 80a der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung findet die Bürgerfragestunde statt.

Eine Bürgerin schildert detailliert Probleme bei einem Klinikaufenthalt und eine vermutlich dadurch eingetretene prekäre finanzielle Situation. Der Ausschuss ist nicht in der Lage, in einem solchen Einzelfall Auskunft zu geben. Ein ebenfalls anwesender Bürger, Herr Robel, nimmt sich im Anschluss an die Sitzung der Problematik an.

Herr Winter berichtet von der Beerdigung des Ortsbeiratsmitglieds Hans-Jürgen Geissler. Nach seiner Schilderung war die Beerdigung wenig stilvoll, ohne Trauerhallenbenutzung und ohne Schmuckurne.

**Seite 2 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 04. Februar 2014**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Der Ortsvorsteher war allerdings anwesend und hat im Namen der Landeshauptstadt Wiesbaden einen Kranz niedergelegt.

Stadtrat Dr. Franz berichtet über die Form einer Beerdigung, wenn die Landeshauptstadt Wiesbaden als Kostenträger auftritt.

Ob die Vorschriften, die für ehrenamtlich Tätige (Stadtverordnete, Ortsbeiratsmitglieder) gelten, im vorliegenden Fall ausgeschöpft wurden, kann spontan nicht geklärt werden, wird aber kurzfristig geklärt.

Herr Ricardo Laubinger bittet darum, als sachkundiger Bürger zum Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen „Erhalt der Gräber von NS-Opfern unter den Sinti und Roma“ - Punkt 7 der heutigen Sitzung, sprechen zu dürfen. Damit ist der Ausschuss einverstanden.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt die Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

öffentliche Sitzung

0001 11-S-00-0017

Wahl der/des Vorsitzenden

Die CDU-Fraktion schlägt Stv. Michaela Apel zur Wahl als neue Vorsitzende vor. Weitere Wahlvorschläge ergehen nicht.

Stv. Michaela Apel wird zur neuen Vorsitzenden des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration gewählt (Abstimmung s.u.):

Einstimmig

0002 11-S-00-0018

Wahl der/des stellvertretenden Vorsitzenden

Die SPD-Fraktion schlägt Stv. Dr. Bernd Wittkowski zur Wahl als neuen stellvertretenden Vorsitzenden vor. Weitere Wahlvorschläge ergehen nicht.

Stv. Dr. Bernd Wittkowski wird zum neuen stellvertretenden Vorsitzenden des Revisionsausschusses gewählt (Abstimmung s.u.):

Einstimmig

0003 Tagesordnung

Gegen die Tagesordnung werden keine Bedenken erhoben.

Einstimmig

**Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 04. Februar 2014**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0004 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses am 10.12.2013 wird genehmigt.

Einstimmig

0005 14-F-33-0016

Elektronische Bürgerdienste
- gem. Antrag von CDU und SPD vom 29.01.2014 -

Stv. Weck begründet den Antrag.

Stv. Kisseler fragt sich, was der Nutzen des Antrages ist.

Stv. Dumont du Voitel wirft ein, dass es die NSA noch leichter haben wird, wenn das so kommt. Es sei nicht greifbar, was mit den Daten passiere.

Stadtrat Dr. Franz berichtet, dass die LHW schon ein Bürgerserviceportal im Dezember 2013 in Betrieb genommen hat. Beim Datentransfer handele es sich um eine Bundesinitiative. Er gehe davon aus, dass das Wiesbadener System mit dem angedachten kompatibel ist. Das System werde ständig angepasst, was aber normal sei.

Er möchte den Antrag heute möglichst abschließend besprechen und bietet an, den Ausschuss zu unterrichten, wenn etwas nicht erwartungsgemäß läuft.

Herr Wolf (Leiter Einwohnerwesen, Bürgerservice, Wahlen) ergänzt, dass die LHW mit dem Bundesinnenministerium zusammenarbeite. Es sei im Moment noch nicht klar, ob es Bundes- oder Länderbürgerkonten geben wird. Es bestehe keinerlei Risiko – man kenne das Programm, dass die Anstalt für kommunale Datenverarbeitung in Bayern, habe dort das Programm gekauft.

Auf Nachfrage von Vors. Apel teilt Herr Wolf mit, dass es derzeit nicht sagen könne, ob das Bürgerkonto ohne elektronischen Personalausweis funktioniere, da man sich in einer Art und Weise anmelden und identifizieren muss.

Es wird beantragt, den Antrag durch Aussprache zu erledigen. Der Antrag wird wie folgt abgestimmt:

Einstimmig

0006 14-F-03-0009

Rechtsradikale Schmierereien in Wiesbaden
- Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 24.01.2014 -

Stv. Kisseler begründet den Antrag. Es gäbe Gerüchte, dass Neonazis in Wiesbaden eine Gruppe aufbauen wollen. Er fragt nach verwertbaren Meldungen dazu und möchte wissen, wie damit umgegangen werden soll.

**Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 04. Februar 2014**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Lt. Stadtrat Dr. Franz handelt es sich hier um Staatsschutzdelikte, die der Landesbehörde unterliegen. Einzige Ausnahme sei das Mahnmal am Michelsberg, dort sei die LHW in der Meldekette. Ansonsten wird bei der LHW nichts erfasst, weil sie nicht Ansprechpartner ist. Die Beseitigung von Schmierereien sei dann wieder Sache der LHW. Evtl. könne man zu den Fragen Auskunft über das Land erhalten.

Stv. Schickel ist dankbar für das Signal. Man sollte besonders geschärft auf Demokratiefindlichkeit achten.

Vors. Apel greift auf, dass die LHW in der Meldekette für das Mahnmal am Michelsberg mit aufgenommen wurde und fragt nach, ob man das nicht um andere Bereiche erweitern könne.

Stadtrat Dr. Franz stellt klar, dass die Ordnungsverwaltung hier einfach nicht zuständig ist. Ansonsten gäbe es eine Regelung.

Stv. Seipel-Rotter fragt nach, wie denn die Meldung weitergegeben werde, an wen wendet man sich?

Lt. Stadtrat Dr. Franz ist grundsätzlich die Polizei zuständig. Wenn Anrufe beim Ordnungsamt eingehen, wird auch an die Polizei verwiesen.

Die Antrag stellende Fraktion ist damit einverstanden, dass der Antrag als durch Aussprache erledigt angesehen wird.

Einstimmig

0007 13-F-03-0063

Existenzgründungen von Migrantinnen und Migranten
- Antrag von Bündnis90/Die Grünen vom 27.05.2013 -

Zu diesem Punkt tagen der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration und der Ausschuss für Frauenangelegenheiten gemeinsam.

Herr Burgmeier (Leiter Integrationsabteilung) und Frau Veit-Prang (Komm. Frauenbeauftragte) stellen den schriftlich vorliegenden Bericht noch einmal vor.

Stv. Weck berichtet, dass die Informationsaufnahme ein Problem bei Migrantinnen und Migranten sein könne.

Daher weist er auf Punkt 3 im Bericht hin. Nach seiner Auffassung sei es wichtig, wie man Migrant/innen informiert. Vielleicht sollte man einen Flyer zusätzlich auflegen. Migrant/innen wüssten oft nicht, wo man Informationen bekomme, wo man etwas beantragen muss usw.

Lt. Frau Stadträtin Scholz wird das auf jeden Fall gemacht. Integration bedeute, etwas miteinander zu tun. Nach ihrem Kenntnisstand sind Migrant/innen informiert, nur bei Neuankömmlingen sähe das vielleicht anders aus. Sie wird aber den Gedanken aufgreifen.

Herr Burgmeier weist darauf hin, dass es sich bei Existenzgründungen um ein Marktgeschehen handele, also überlasse man die Abläufe auch dem Markt. Die Hürde seien oft die Kosten.

Seite 5 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 04. Februar 2014

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Nach Auffassung von Vors. Apel müsste man auch das Wissen von Migrant/innen für Menschen, die schon hier leben, nutzbar machen, auch für die Einheimischen.

Lt. Frau Stadträtin Scholz entstünde Kommunikation auch oft im Schulbereich. Auf Nachfrage von Vors. Apel berichtet sie, dass Austausch unter Frauen, gleich in welchem Bereich, automatisch stattfänden.

Stv. Schon weist darauf hin, dass vor längerer Zeit Projekte aus dem Bereich Existenzgründung im Rathaus vorgestellt wurden - das war eine gute Sache.

Lt. Frau Veit-Prang war das ein Projekt aus ihrem Bereich. Sie habe dazu eine Veranstaltungsreihe, die im 7. Jahr Berufswege für Frauen aufzeige. Auf Nachfrage von Stv. Schickel berichtet sie weiter, dass Mitarbeiterinnen von Migramundi keine perfekte Beratung im Bereich Existenzgründung machen könnten, aber ein erster Kontakt fände statt. Frauen kämen regelmäßig in die Beratungsstelle - es findet ein reger Austausch statt. Auch bei Berufswege für Frauen gäbe es diesen Austausch. Auch noch lange nach einer Existenzgründung gäbe es weitere Kontakte. Migrantinnen und deutsche Frauen seien in einem Boot.

Einstimmig

0008 14-F-03-0008

Erhalt der Gräber von NS-Opfern unter den Sinti und Roma
- Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 27.01.2014 -

Stv. Gaedeke begründet den Antrag.

Herr Ricardo Laubinger wird als sachkundiger Bürger zur Diskussion zugelassen. Er berichtet, dass Sinti und Roma genauso verfolgt wurden wie Juden. Nach dem Krieg seien jüdische Gräber gepflegt worden. Er möchte die Gleichstellung bei der Pflege von jüdischen Gräbern und Gräbern von Sinti und Roma erreichen. Er habe an Oberbürgermeister Gerich geschrieben, der sein Anliegen befürwortet und mitgeteilt habe, dass er sein Schreiben an den zuständigen Stadtrat weiterleite. Aber bis heute läge keine Antwort vor.

Stv. Dr. Wittkowski weist darauf hin, dass es im Antrag „Gräbergesetz“ heißen muss. Es gäbe für den Erhalt der Gräber einen Stichtag. Er habe juristische Bedenken, ob die Gemeinde überhaupt eine Änderung vornehmen darf. Hanau tue dies als einzige Gemeinde entgegen der bestehenden Bundesregelung. Göttingen warte im Moment ab, ob sich auf Bundesebene eine andere Regelung ergibt.

Herr Laubinger geht davon aus, dass im Bundesrat einstimmig eine Änderung beschlossen wurde. Außerdem müsse Wiesbaden doch im Stande sein, einen entsprechenden Beschluss zu fassen. Man wolle ja keine Denkmäler, sondern nur das Abräumen der Gräber verhindern.

Stadtrat Dr. Franz nimmt zu dem Antrag Stellung:

Das Gräbergesetz sei 1965 geändert worden. Es sieht für den Erhalt von Gräbern bestimmte Personengruppen vor und setzt als Stichtag 1952 fest. Alle von der Verfolgung betroffene Personengruppen seien hier mit eingeschlossen, auch Sinti und Roma und keinesfalls nur Juden.

**Seite 6 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 04. Februar 2014**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Eine andere Frage sei, wie man mit Personen umgehe, die nach 1952 verstorben sind. Man könne hier nicht für eine Gruppe eine Sonderregelung schaffen. Alle Verfolgtengruppen müssten gleich behandelt werden. Zur Debatte auf Bundesebene stellt er klar, dass bisher keine Entscheidung gefallen sei.

Man müsse außerdem bedenken, dass jetzt eine Regelung für Menschen angestrebt werde, die nach 1952 gestorben seien. Aber was sei mit den Gräbern, die schon abgeräumt seien. Man erfasse bei 67 keine ethnische Zugehörigkeit. Der Deutsche Städtetag empfiehlt, im Moment keine städtische Regelung zu treffen. Hanau sei die einzige Stadt, die dazu eine Regelung getroffen habe.

Bei den jüdischen Gemeinden komme hinzu, dass diese eigene Friedhöfe und eigene Regelungen dazu haben. Bei Juden gäbe es sowieso das ewige Liegerecht - das sind einfach andere Voraussetzungen.

Hier gehe es jetzt um öffentliche Friedhöfe.

Herr Bader stellt ebenfalls darauf ab, dass es einen Gleichbehandlungsgrundsatz gäbe. Man könne als Verwaltung nicht recherchieren, wo Gräber von Sinti und Roma seien.

Stv. Sahin fragt nach, ob es um Ehrengräber oder Dauergrabstätten gehe. Man beschäftige sich in den muslimischen Gemeinden ebenfalls seit einiger Zeit mit der Thematik.

Stv. Kisseler stellt klar, dass es um das Antragsrecht für Dauergrabstätten gehe. Er fände es persönlich sehr tragisch, dass man eine Entscheidung des Bundes abwarte (ohne konkretes Zeitfenster) und auf der anderen Seite Menschen da wären, die sich um die Gräber kümmern würden. Wenn dann nach Entscheidung des Bundes diese Gräber bereits abgeräumt seien, wäre das traurig.

Herr Laubinger spricht von 20 Gräbern, die in ganz Wiesbaden betroffen seien. Er habe seinerzeit von OB Dr. Müller eine Zusage erhalten, dass diese Gräber nicht abgeräumt würden. Sinti wurden 1982 als verfolgte Rasse anerkannt. Von daher ist der Stichtag 1952 für ihn nicht nachvollziehbar. Sein Vater sei 1976 an den Spätfolgen der Verfolgung gestorben. Darüber gäbe es Gutachten. Die Gräber seien sehr wichtig für die Sinti und Roma. Seine Mutter sei 6 Jahre im KZ gewesen und kam dann nach Wiesbaden. Es gehe nicht um Schuldzuweisungen, man wolle Gleichbehandlung.

Stv. Schickel greift den Begriff Gleichbehandlung auf. Man setze sich mit dem Dauergrabrecht von Muslimen auseinander - sehr schwierig, nicht realisierbar. Wiesbaden habe sehr früh ein Denkmal für Sinti und Roma errichtet. Dies sei ein geeigneter Ort für das Gedenken. Er bittet um Verständnis, dass man in Bezug auf andere Opfergruppen den Gleichbehandlungsgrundsatz einhalten müsse.

Stv. Gaedeke wirft ein, was es denn nütze, wenn der Bund in 3 Jahren entscheiden würde - die Gräber seien dann abgeräumt.

Herr Bäder wirft ein, dass man Gräber immer wieder nachkaufen könne. Bei Reihengräbern gehe dies allerdings nicht, die werden automatisch nach 30 Jahren abgeräumt. Wenn jetzt eine andere Regelung getroffen würde, müssten Umbettungen (aus dem Reihengrab in ein anderes Grab) erfolgen.

Lt. Stv. Weck dürfte das heutige Thema bei Reihengräbern ohnehin nicht mehr zum Tragen kommen, weil diese vermutlich alle abgeräumt sind.

Stadtrat Dr. Franz berichtet, dass es die Stichtagregelung seit 60 Jahren gäbe. Es ist einfach keine andere plausible Regelung, kein anderer Termin eingefallen.

Seite 7 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 04. Februar 2014

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Stv. Gaedeke fragt nach, warum man sich nicht überlege, wie man allen Gruppen gerecht werden könne.

Stadtrat Dr. Franz weist darauf hin, wie schwierig es war, beim Mahnmal am Michelsberg einen Termin festzulegen. Rückwirkend kann man das alles nicht wirklich erfassen. Weit über 90 % der Kommunen bundesweit halten an diesem Verfahren fest. Das Bundesministerium habe außerdem am 18.03.2013 mitgeteilt, dass es besser wäre, an der bisherigen Praxis festzuhalten.

Der Antrag von Bündnis90/Die Grünen wird wie folgt abgestimmt:

gegen Grüne + Linke&Piraten abgelehnt

0009 14-F-33-0017

Schnelles Internet
- gem. Antrag von CDU und SPD vom 29.01.2014 -

Dr. Wittkowski begründet den Antrag. 45 % der Unternehmen haben kein Breitband und seien unzufrieden.

Stv. Seipel-Rotter unterstützt diesen „schönen“ Antrag, der wie folgt abgestimmt wird:

Einstimmig

0010 14-F-33-0018

Fußgängerinformation Waldemar Reichardt an seiner Statue in der Kleinen Schwalbacher Straße
- gem. Antrag von CDU und SPD vom 29.01.2014 -

Der Antrag von CDU und SPD wird wie folgt angenommen:

Einstimmig

0011 12-F-33-0077

FußgängerInformation über das Wiesbadener Original Waldemar Reichardt, genannt „Knoblauch-König“
- gem. Antrag von CDU und SPD vom 24.05.2012 -

Dieser Vorgängerantrag ist nicht erledigt, wird aber durch den vorstehenden Antrag gestützt.

Einstimmig

Seite 8 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 04. Februar 2014

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0012 13-V-12-0006

Bürgerengagement von Migranten

Herr Simon stellt den Bericht vor. Der Prozess wird von Seiten des Ausschusses weiter begleitet.

Einstimmig

0013 13-V-30-0011

Vorschlag für die Wahl einer stellvertretenden Schiedsperson für die Schiedsgerichtsbezirke
Wiesbaden I, II und III

Einstimmig

0014 14-V-30-0001

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden I
(Wiesbaden-Alt)

Einstimmig

0015 13-F-33-0015

Wegweiser durch die Wiesbadener Integrations-Beratungsangebote
- gem. Antrag von CDU und SPD vom 05.02.2013 -
HIER: mdl. Bericht

Herr Burgmeier berichtet über den Stand des Projektes, das recht umfangreich ist. Ein Wegweiser ist weit gefächert - vom Kita-Platz bis zur Beratungsstelle Leben im Alter müsste alles leicht verständlich und übersichtlich dargestellt werden.

Man wolle Rubriken einführen, z. B. Deutsch lernen, Existenzsicherung, Kinder/Jugendliche/Familien, Wohnen, Senioren und sonstige Beratungs- und Infoangebote und diese durch Symbole und Verweise verdeutlichen.

Man werde vorab mit Beratungsdiensten, dem Bürgerbüro und dem Ausländerbeirat sprechen und dort auch Fragen sammeln. Auch die Teilnehmer/innen der Integrationskurse werden mit einbezogen.

Geplant ist folgendes:

- Broschüre
- Verlinkung auf der Wiesbaden-Homepage
- Kurzfilm (durch Bildungslotsen gedreht) in Muttersprache - eingestellt auf You Tube
- Printversion einmal pro Jahr aktualisieren
- Möglichst viel mit QR-Codes arbeiten
- Bewertungsmöglichkeit noch unklar (online?)
- Kosten rd. 10.000 € (Drucke, kleine Filme usw.)

Seite 9 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 04. Februar 2014

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Stv. Schickel spricht an, dass seinerzeit KIEZ Pate gestanden habe. Diese Broschüre war anschaulich, verständlich usw. und dies ist weiterhin wichtig. Er ist sehr auf das Ergebnis gespannt.

Einstimmig

0016 13-F-33-0082

Hinweisschilder für Polizeidienststellen
- gem. Antrag von CDU und SPD vom 25.09.2013 -

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen. Aber Stv. Weck sieht das Fußgängerleitsystem als wichtigen Punkt nicht beleuchtet. Dazu fehlt eine Antwort, die von Seiten des Magistrats noch nachgeliefert werden muss.
Es wird ein entsprechender Beschluss gefasst.

Einstimmig

0017 Bericht der Dezernentin

Es wird zur Kenntnis genommen, dass

- die Ausschreibungs-/ Bewerbungsfrist für den Integrationspreis am 01.04.2014 beendet ist und
- der 01.10.2014, 19.00 Uhr, großer Festsaal im Rathaus, für die Preisverleihung festgelegt wurde.

0018 Verschiedenes

Es wird zur Kenntnis genommen, dass am 25.02.2014 um 17.30 Uhr eine gemeinsame Sondersitzung der Ausschüsse für Umwelt, Energie und Sauberkeit, für Planung, Bau und Verkehr und für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration im Stadtverordnetensitzungssaal zum Thema „Auswirkungen der Standortverlegung der US-Streitkräfte“ stattfindet, zu der eine gesonderte Einladung ergeht.

Anlagen

Wiesbaden, .03.2014

Vorsitzende

Schriftführer

Weitere Schriftführerin

Apel

Weck

Koba